

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 15. Jahrgang, Nr. 19, 23. September 1998

rechts

Einblicke

Versäumnisse

Von Antje Vollmer

In der Frage der Entschädigung für NS-Opfer hat sich der Bundestag auch in der vergangenen Legislaturperiode nicht mit Ruhm bekleckert. Die Diskussion über die einzelnen Fragen ist immer noch von einem oft sehr kleinen Geist be-seelt, der versucht Barrieren zu errichten und nicht zur freien und angemessenen Entscheidung findet. Daß CDU und CSU aus innerparteilichem Kalkül oft Bremsen und Verzögerer sind, wenn es etwa um Regelungen für osteuropäische NS-Opfer oder die rechtliche Situation von Deserteuren oder homosexuellen Opfern der Verfolgung geht, war zu erwarten. Daß aber auch die FDP oft kleinmütig und ohne Weitblick agierte, ist doch enttäuschend.

Es erbittert, daß der Anschein aufkommt, der Bundestag warte klammheimlich darauf, daß die Zeit viele Fragen lösen wird, weil die Menschen, die Anrecht auf Entschädigung haben, sterben. Dabei ist „Entschädigung“ ja nur ein Zeichen der Versöhnung, eine kleine Geste, mehr nicht.

Zu den versäumten Gelegenheiten gehörte die Errichtung einer Bundesstiftung für NS-Opfer, die bisher von den Entschädigungsgesetzen ausgeschlossen blieben. Abgelehnt wurden von der Koalitionsmehrheit auch alle Initiativen zugunsten der Opfer von NS-Zwangsarbeit. Die Reaktionen der Wirtschaft und einzelner Unternehmen, die jetzt über die Möglichkeiten schneller Entschädigung nachdenken, sollten den Bundestag nachdenklich stimmen. Und es gibt die Hoffnung, daß der Zukunftsfonds, der auf Grundlage der deutsch-tschechischen Erklärung geschaffen wurde, die Frage der Entschädigung der tschechischen NS-Opfer lösen hilft.

Der neue Bundestag, gerade wenn er vom Wähler mit neuen Mehrheiten ausgestattet werden sollte, muß dafür sorgen, daß die offenen Fragen der Entschädigung von NS-Opfern nicht in der verständlichen Geschäftigkeit eines neuen Aufbruchs nochmals aufgeschoben werden. Dafür, daß der Bundestag ein Stück seiner Ehre wiedererlangt und zügig zu Regelungen findet, muß sofort Zeit sein.

Fleisch für die DVU

Mit ihrer Zerstrittenheit manövrieren sich die „Republikaner“ in Sachsen-Anhalt selbst ins Abseits - und die DVU freut sich über Zulauf.

Seite 2 ■

Braune Wahlschlacht

Der Wahlkampf der NPD in Mecklenburg-Vorpommern ist durch Gewalttätigkeit und martialisches Auftreten gekennzeichnet

Seite 3 ■

Personalmangel

Obwohl Brandenburg das höchste rechtsextreme Einstellungspotential in der Bevölkerung aufweist, engagieren sich die Parteien eher zurückhaltend.

Seite 4 ■

Ärgerliche Kreuze

Für den Antisemitismus unter polnischen Katholiken sind nicht zuletzt polnische Priester verantwortlich.

Seite 7 ■

Willfähige Mediziner

Vor 60 Jahren wurden jüdische Ärztinnen und Ärzte aus der deutschen Gesundheitsfürsorge ausgegrenzt.

Seite 9 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlöffel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten

Sogwirkung der DVU

Von der Selbstzerfleischung der „Republikaner“ in Sachsen-Anhalt kann die DVU letztendlich nur profitieren.

Fremdenfeindlichkeit ist in den neuen Ländern weiter verbreitet als in Westdeutschland, haben Experten festgestellt. Diese fremdenfeindliche Einstellung ist nicht zuletzt einer zu DDR-Zeiten gepflegten Doktrin geschuldet. Die Bevölkerung hatte nur die Staaten des Comecon zum Vergleich, und in diesem Vergleich schnitt die DDR mit ihren ökonomischen einfach am besten ab. „Wir“ waren also auch damals „schon wieder wer“, schon wieder „etwas besseres“. Genau da setzt die DVU mit ihren speziell auf die neuen Länder zugeschnittenen Wahlkampfkonzepten an. Selbstgefällig kündigte der DVU-Bundesvorsitzende Gerhard Frey kürzlich bei einer Stippvisite in Magdeburg an, daß seine Partei mit mindestens 6,5 Prozent in den Bundestag einziehen werde. Die neuen Länder würden zu diesem Ergebnis nicht wenig beitragen. „Allein in Mecklenburg-Vorpommern erwarten wir um die 15 Prozent“, sagte Frey.

Bis zur Septembermitte bewegte sich der materielle Wahlkampfaufwand der DVU noch auf normalem Niveau, die Materialschlacht hatte noch nicht begonnen. Allerdings dürfte die DVU wieder einen völlig anonymen Wahlkampf führen. Eine öffentliche Plakatierungsaktion des sachsen-anhaltischen Fraktionsvorsitzenden Helmut Wolf vor laufenden Kameras im Stadtteil Neu-Olvenstedt muß man wohl als reine PR-Aktion verbuchen. Welchen Wert die DVU ihren potentiellen Wählern tatsächlich zumißt, mag ein Beispiel zeigen. Vor wenigen Tagen waren Schulklassen in Sachsen-Anhalt als Jugendparlament in den Landtag eingeladen. Sie debattierten über selbst formulierte Anträge und stimmten auch über diese ab. Zu den Anträgen und Debatten nahmen die Landtagsfraktionen Stellung. SPD und PDS hatten die Fraktionsvorsitzenden entsandt, die CDU-Fraktion ihre Bildungsexpertin zum Wochenenddienst im Jugendparlament verdonnert. Nur die DVU glänzte in Abwesenheit. „Die Jugend ist für uns“, hatte Frey zuvor in Magdeburg getönt. „Mit einem Potential von 30 Prozent bei Jung- und Erstwählern haben wir die Generation auf unserer Seite, die die politische Zukunft unseres Landes bestimmen wird.“

Die DVU verzeichnet seit ihrem Wahlerfolg echten Zulauf. 1.500 Mitglieder in 15 Kreisverbänden meldet Fraktionschef Wolf. Der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz, Wolfgang Heidelberg, hängt diese Zahlen tiefer. „Es ist der DVU eigen, daß sie bei solchen Zahlen maßlos übertreibt“, sagt er. „Wenn man die von der DVU herausgegebenen Zahlen halbiert, kommt man auf realistische Größen, und diese Werte würden auch etwa unseren Erkenntnissen entsprechen“. Aber auch diese Zahlen seien schon besorgniserregend genug. Die DVU profitiert dabei insbesondere in Sachsen-Anhalt von einem bis auf die Knochen geführten Machtkampf bei den „Republikanern“. Zeitweilig existierten zwei REP-Landesvorstände, einer von Gnaden des Bundesvorsitzenden Schlierer, ein zweiter, der von einem Landesparteitag gewählt war. Während Schlierer eine Annäherung zwischen seinen REP und nationalkonservativen Splittergruppen sucht, lehnen zahlreiche Parteimitglieder in Sachsen-Anhalt diesen Kurs ab.

Nachdem der Bundesvorstand mit Parteiordnungsmaßnahmen bis hin zu Ausschlußverfahren am Fließband den REP-Landesverband gleichzuschalten versucht hat, schwindet dieser unter dramatischen Auflösungserscheinungen dahin. Mindestens fünf Kreisverbände, insbesondere im Harz und in der Altmark, haben die Selbstauflösung beschlossen. „80 Prozent dieser Mitglieder kommen zu uns“, ist sich Frey sicher. Deshalb sieht er auch keine Veranlassung, eine Annäherung an andere Gruppierungen des rechten Randes zu suchen. „Eine Annäherung der national-freiheitlichen Kräfte findet allenfalls unter dem Dach der DVU statt“, verkündet er selbstbewußt. Seine Zugpferde Franz Schönhuber und Rudolf Krause, jetzt Spitzenkandidaten der DVU für die Bundestagswahl, seien da Zeugnis genug. Krause wurde für seine DVU-Kandidatur bei den REP ausgeschlossen, Schönhuber nahm der REP-Landesverband die Ehrenmitgliedschaft. Durchaus möglich, daß die REP mit ihrem innerparteilichen Streit der DVU den Weg in den Bundestag ebnen, sich selbst aber zugleich in die politische Bedeutungslosigkeit manövrieren. Für diesen Fall hat Krause bereits angekündigt, innerhalb der REP zum Sturz Schlierers zu blasen und diesem den Vorsitz streitig machen zu wollen. Damit wäre dann der Weg frei auch zur institutionellen Annäherung, womöglich gar zur Fusion der beiden bedeutendsten rechtsextremen Parteien. Deren Wahlergebnisse kulminiert, könnte der Rechtsextremismus durchaus bald in noch mehr deutschen Landesparlamenten sitzen. Eberhard Löblich

Aktivitäten

Braune Schlachten

Die NPD schreckt im Wahlkampf nicht vor Gewalttätigkeiten zurück. Für den Stralsunder CDU-Oberbürgermeister sind die Partei-Aktivisten vernünftige Leute.

Die „braune Schlacht“ um Wählerstimmen in Mecklenburg-Vorpommern bei der anstehenden Doppelwahl dürfte in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte einmalig sein (s.auch BNR 16/98). In einer einzigartigen Materialschlacht stellen die konkurrierende NPD und die DVU alle anderen Parteien in den Schatten. Dabei sind sie in der Wahl ihrer Mittel nicht zimperlich. Die brutalen Methoden gehen soweit, daß die Staatsanwaltschaft im Bundesland sich gleich mehrfach damit beschäftigt.

Vor wenigen Wochen haben Plakatkleber der NPD in Schwerin auf junge Leute geschossen. Anschließend prügeln die NPDler einen 22jährigen krankenhausreif. Landesweit häufen sich die Klagen von SPD, CDU und PDS, daß ihre Wahlplakate mit NPD- oder DVU-Werbung überkleistert werden. Zu nächtlicher Zeit scheinen systematisch Zerstörungstrupps der Rechtsextremen unterwegs zu sein, die Stellschilder der politischen Konkurrenz zu demolieren. Es gibt Ortschaften, ja ganze Landstriche, wo sichtbar nur NPD und DVU öffentlich werben. Beim Straßenwahlkampf wissen SPD und PDS von Drohungen bis hin zu Behinderungen und Tötlichkeiten durch Rechtsextremisten zu berichten. In Wolgast etwa konnte die SPD eine Saalveranstaltung nur unter massivem Schutz durch die Polizei stattfinden lassen. In einigen Gemeinden patrouillieren NPD-Anhänger 24 Stunden lang auf den Straßen. Politisch Andersgesinnte sollen dadurch eingeschüchtert werden, getreu dem Prinzip der „befreiten Zonen“, wie es auch andernorts zur Neonazi-Maxime erkoren wurde. Überhaupt scheut die NPD nicht den Gang an die Öffentlichkeit. Infotische, Saalveranstaltungen und Samstagsdemonstrationen landauf landab prägen derzeit die politische Szenerie. Die NPD gibt sich selten „biedermännisch“. Offen bietet sich die Partei bei den Skinheads an: „Wir grenzen niemanden aus“, meint Landesvorsitzender Hans-Günter Eisecke zu einem NPD-Plakat, das martialisch gestylte Skins zeigt. Da wundert es auch nicht, daß der Landtags-Spitzenkandidat der Partei, Torsten Kowalski aus Rostock, selbst Wehrsport-Ausbilder

ist, sich im Fernsehinterview aber im Sakko präsentiert und zur Arbeits- und Sozialpolitik national-bolschewistische Thesen vertritt.

Die NPD schreckt auch vor vermeintlichen Widersprüchen nicht zurück. Der 26jährige Ronny Grubert, Bundestagskandidat in Rostock-Lichtenhagen, gibt sich sogar „ausländerfreundlich“: Er lädt zu einer Veranstaltung in ein chinesisches Restaurant ein. Die wohl schillerndste Figur im NPD-Wahlkampf ist der 69jährige Manfred Roeder, Direktkandidat in Stralsund. Im Wahlkampf bereist er zusammen mit dem Troß der Samstags-Demonstrationen auch die anderen Wahlkreise in Mecklenburg. Gegen ihn laufen derzeit mehrere Ermittlungsverfahren wegen Leugnen des Holocausts. Er hat unerwartet Schützenhilfe bekommen: Die Söhne des PDS-Kreistagsabgeordneten in Nord-Vorpommern Fritz Lamm vermieteten der NPD und Roeder in der kleinen Gemeinde Prohn Räume in einem ehemaligen LPG-Verwaltungsgebäude. Lamm rechtfertigte die Vermietung damit, daß die NPD nicht verboten sei. Er verwies er auf die Regeln der freien Marktwirtschaft und betonte süffisant, daß die NPD auch stets pünktlich die Miete bezahle. Auf parteiinternen Druck legte Lamm jetzt im Kreistag sein Mandat nieder.

Die DVU verläßt sich auf einen Wahlkampf, bei dem sie selbst kaum öffentlich in Erscheinung tritt. Die aus anderen Wahlkämpfen bekannten Hauswurfsendungen sollen die nötigen Stimmen bringen. Zudem kreist landesweit wieder das Sportflugzeug mit dem DVU-Wahlauf Ruf. Außerdem setzt die DVU auf Saalveranstaltungen. Dazu wird stets persönlich eingeladen, ein Treffpunkt angegeben und dann per Bus das jeweilige Veranstaltungsort angesteuert. Das Publikum dort - in der Regel älter als bei der NPD - darf sich dann immer auf den Parteivorsitzenden Gerhard Frey freuen. Im Schlepptau Freys stets dabei ist Heinrich Gerlach, bereits erprobt bei den vergangenen Wahlkämpfen in Bremen, Schleswig-Holstein und Hamburg. Personell ist die DVU in Mecklenburg nicht so gut bestückt wie die NPD.

Während die DVU auch auf ältere Semester schielt, kann die NPD „nur“ auf Jung- und Erstwähler zählen. Der Stralsunder CDU-Oberbürgermeister Lastovka machte die NPD sogar noch hoffähig. In einem Zeitungsinterview vertrat er die Ansicht, daß 60 Prozent der örtlichen NPD-Aktivisten „sehr vernünftige, junge Leute“ seien. „Die haben die Schnauze voll von der Freizeitgesellschaft, die wollen Zucht und Ordnung!“, erklärte der Oberbürgermeister.

B. Ohne

Aktivitäten

Kandidatenmangel

Die extreme Rechte setzt auf Werbeplakate in den brandenburgischen Gemeinden. Lediglich die REP zeigen Gesichter.

Nicht nur der Bundestag sowie das Schweriner Landesparlament werden am 27. September gewählt: Knapp zwei Millionen Brandenburger sind außerdem aufgerufen, über ihre Stadtverordnetenversammlungen und Kreistage zu entscheiden.

Während auch in Brandenburg das gesamte Spektrum der Rechtsaußen-Parteien - BFB, DVU, NPD, „Republikaner“ - mit einer Landesliste zu den Bundestagswahlen antritt, wurden für die Bürgermeisterposten offenbar nicht genügend Bewerber gefunden. Die DVU, die nach ihrem Wahlerfolg vollmundig getönt hatte, jetzt im Sturm auch die benachbarten Bundesländer zu erobern, kandidiert bei den Kommunalwahlen überhaupt nicht, die NPD, die ebenfalls einen Großangriff angekündigt hatte, tritt gerade einmal in zwei Kommunen an: mit zwei Kandidaten, Renè Wegner und Jörg Hähnel, in Frankfurt/Oder, mit dreien in Fürstenwalde/Spree. Unlängst hatte der NPD-Landesvorsitzende Thilo Nabus noch angekündigt, man werde in mindestens vier Regionen antreten.

Lediglich die im Ostteil nach Einschätzung aller Wahlforscher weitgehend chancenlosen „Republikaner“ warten mit insgesamt 17 Kandidaten auf: davon kandidieren alleine neun für die Stadtverordnetenversammlung in Eisenhüttenstadt; vier in der Region Baruth/Mark, zwei in Teltow-Fläming, jeweils einer in Gramzow sowie im Landkreis Oder-Spree. Außerdem tritt der „Bund Freier Bürger“ mit insgesamt drei Bewerbern bei den Kommunalwahlen an.

Auch zu den Bundestagswahlen warten in Brandenburg lediglich die „Republikaner“ und der „Bund Freier Bürger“ mit Direktkandidaten auf. Die „Republikaner“ treten in allen zwölf Wahlkreisen um die Erststimme an; der „Bund Freier Bürger“ lediglich in Cottbus, Potsdam, Brandenburg/Belzig, sowie Prenzlau/Schwedt. Der Brandenburger REP-Landesvorsitzende, Wolfgang Kurzweg, kandidiert in Eberswalde/Bernau. Nach Aussage von Kurzweg treten außerdem einige „Republikaner“ bei der zu Wendezeiten gegründeten Deutschen Sozialen Union (DSU) an, weil sie nicht die notwendige Zahl der Unterstützerunterschriften

sammeln konnten. Dies könnte auf eine Annäherung der beiden Parteien hinweisen. Kurzweg steht außerdem auf dem obersten Platz der Landesliste für die Bundestagswahl; die DVU-Liste führt der Landesvorsitzende Axel Hesselbarth an, die der NPD Jörg Hähnel.

In keinem Verhältnis zum offenkundigen Bewerbermangel steht allerdings der Werbeaufwand der rechten Parteien in Brandenburg. Offensichtlich setzen DVU wie NPD darauf, ohne Kandidaten vor Ort mit der Zweitstimme gewählt zu werden. „Entsetzt“ über die massenhafte Plakatierung rechter Parteien in brandenburgischen Gemeinden gab sich kürzlich der DGB-Landesvorsitzende von Berlin/Brandenburg, Dieter Scholz. Sein Eindruck sei, so Scholz, daß „die demokratischen Parteien schlichtweg versagen. Man darf die Breite des Landes nicht rechten Rattenfängern überlassen und sich auf die Städte konzentrieren“, so Scholz.

Nach dem Scheitern bei der bayerischen Landtagswahl könnte sich das Ergebnis in Brandenburg für die „Republikaner“ als schicksalsweisend herausstellen. Sollten sie es trotz der relativen Konkurrenzlosigkeit im rechten Spektrum nicht schaffen, eine nennenswerte Anzahl von Stimmen zu erhalten, dürfte ihr Überleben in Ostdeutschland in Frage stehen. In Sachsen-Anhalt sind sie angesichts der Übermacht der DVU ohnehin längst am Ende. Bereits im Mai forderte ein Landesparteitag mit 38 gegen zwei Stimmen ein Zusammengehen aller rechten Gruppierungen zur Bundestagswahl. In und um Berlin wird bereits geunkelt, ausgerechnet die Entscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts, das kürzlich geurteilt hatte, die REP dürften nicht länger als rechtsextremistisch bezeichnet werden, könnte der Partei Schaden zufügen: Längst gilt die Partei vor allem unter jungen Neonazis und deren jugendlichen Sympathisanten als viel zu moderat. Darauf ist wohl auch zurückzuführen, daß sich der stellvertretende Bundesvorsitzende Christian Käs immer deutlicher vom Vorsitzenden Rolf Schlierer abgrenzt und ein „Ende der Leisetreterei“ fordert.

Angesichts der Erkenntnisse der Wahlforscher muß das vergleichsweise zurückhaltende Engagement der Rechten in Brandenburg verwundern: Laut einer Untersuchung der Berliner Forscher Richard Stöss und Niedermayer ist nirgends in Deutschland das rechtsextreme Einstellungspotential der Bevölkerung so hoch wie hier: Mit 19 Prozent führt Brandenburg vor Sachsen-Anhalt und Sachsen.

Jeannette Goddar

Seitenblick

Willkommenes Forum

In einer ARD-Sendung zwei Wochen vor der Wahl durften sich kleine Parteien der Öffentlichkeit präsentieren. „Republikaner“, DVU und NPD nutzten die Chance, ihre rechtsextreme Propaganda öffentlich-rechtlich zu verbreiten.

Daß die extreme Rechte jede sich ihr bietende Gelegenheit zur Darstellung dankbar aufgreift, wußten die Verantwortlichen bei der ARD. Trotzdem wagten sie das Experiment - und mußten erkennen, daß sie mißbraucht werden. Der Ablauf der Sendung ist ein Beleg für die Sinnlosigkeit dieser Art von Chancengleichheit.

Am 14. September sendete die ARD eine 90-minütige Live-Show unter dem Titel „Ihre Wahl. Die Außenseite - Deutschlands kleine Parteien stellen sich vor“. Die zum Bundestag kandidierenden kleinen Parteien sollten vor geladenem Erstwählerpublikum die Gelegenheit zur Selbstdarstellung bekommen. Angesichts einer Zeitbegrenzung auf eine Minute Filmbeitrag, eine Minute Redebeitrag und eine Minute Interview war das ganze eher die Vorführung eines Kuriositätenkabinetts, freilich mit beträchtlichem Unterhaltungswert.

Heiner Kappel vom „Bund Freier Bürger“ redete fast ausschließlich über die Themen Ausländer und Kriminalität, über das Thema Euro nur am Rande. Rolf Schlierer von den „Republikanern“ wirkt immer noch wie ein Primaner, inzwischen allerdings mit Bauchansatz. Das weit unter seinen Prognosen liegende REP-Ergebnis bei der Landtagswahl in Bayern versuchte er zu erklären durch die Stärke der CSU und die Konkurrenz durch die Freien Wähler. Auf Nachfrage verteidigte er ausdrücklich den alten REP-TV-Spot zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses im Jahr 1989, in dem Bilder von spielenden türkischen Kindern mit der Melodie „Spiel mir das Lied vom Tod“ unterlegt worden waren. „Ich sehe die Gefahr, daß unsere Gesellschaft stirbt, wenn wir dieser Chimäre von der multikulturellen Gesellschaft weiter hinterherlaufen. Heinrich Gerlach von der „Deutschen Volksunion“ versuchte vor allem, Siegeszuversicht auszustrahlen. Er rechne für die DVU mit über fünf Prozent im Westen und 15 bis 20 Prozent im Osten. „Es kommt wie ein Donnerschlag!“

Für die NPD sprach der Parteivorsitzende Udo Voigt. Im Interview traf er auf Stefan Engel, dem Vorsitzenden der MLDP. Voigt brachte kurioserweise die maoistische MLDP mit dem Scheitern der DDR in Verbindung, sang dann aber selbst ein Loblied auf die sozialen Errungenschaften der DDR (nachfolgend das Gespräch im Wortlaut):

„Moderator: Herr Voigt, sie wollen - kommse ruhig her ... Sie wollen ja am 19. September in Rostock demonstrieren. Die NPD, 'ne große Demonstration in Rostock. Ist das 'ne Solidarität mit den Opfern derer, die damals in Lichtenhagen überfallen worden sind?“

Voigt: Wir demonstrieren in Rostock, weil wir in Rostock am 19. September die Wahlkampfabschlußkundgebung der NPD durchführen unter dem Motto: Wir schaffen Arbeit - Bonn schafft nichts. Moderator: Bislang ist die Demonstration aber noch verboten?“

Voigt: Das ist die übliche Machart des Bonner Systems, Demonstrationen zu verbieten.

Engel: Ja hoffentlich, hoffentlich!

Voigt: Die Gerüchte, die Gerichte schaffen ... aber noch Recht in diesem Staate, und wir werden am 19. September in Rostock sein.

Engel: Die faschistischen Organisationen sind schon seit 1945 verboten. Warum wird das dann eigentlich nicht durchgesetzt?

Voigt: Wissen Sie, Sie sind ja bereits mit der DDR gescheitert. Also Sie brauchen mir nichts zu erzählen über wirtschaftliche Zukunft, über Zukunft in diesem Land.

Moderator: Herr Voigt, es fällt ja auf, daß Sie in den neuen Bundesländern, zum Beispiel in Wahlreden sagen: naja, also die DDR - so schlecht war das ja gar nicht, da gab's Errungenschaften, die hätten wir auch gerne heute. Weil Sie gerade sagen...

Voigt: Wissen Sie, die Politik ist immer eine Fortschreibung auch der Geschichte. Und es hat zu allen Zeiten der deutschen Geschichte auch positive Aspekte gegeben. Und natürlich hat es auch zu Zeiten der DDR positive Aspekte in Deutschland gegeben. Und wir sind die letzten, die deutsche Geschichte verteufeln wollen.

Moderator: Weil die Todesstrafe so spät abgeschafft worden ist in der DDR?

Voigt: Nein, weil dort also Menschen Arbeit hatten, weil der Staat dort für Arbeit garantiert hat, weil dort für Kinder gesorgt wurde, weil dort für Mütter, für alleinstehende Kinder gesorgt wurde. Und ich kann mir durchaus vorstellen, daß dieses Dinge waren, die wir gerne übernehmen.“

Stefan Jacoby

Hintergrund

Rechte Ausrutscher

Der seit 1990 geltende Abgrenzungsbeschluß der „Republikaner“ gegenüber rechtsextremistischen Organisationen wird immer wieder unterlaufen.

Entgegen der offiziell vom „Republikaner“-Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer ständig propagierten Abgrenzung gegenüber anderen Rechtsextremisten, was innerparteilich überdies stark kritisiert wird, gibt es zahlreiche Beispiele über entsprechende Kontakte. Diese Vorgänge werden meist erst dann parteilich geahndet, wenn sie in der Öffentlichkeit bekannt werden. So wurde 1997 der Vorsitzende des Bundesschiedsgerichts, Hartmut Koch, aus der Partei ausgeschlossen, nachdem er öffentlichkeitswirksam für eine Zusammenarbeit mit DVU und NPD plädiert hatte.

Konterkariert wird die vermeintliche Abgrenzung zudem durch die - bis in die jüngste Zeit praktizierte - offene Kooperation mit dem, ebenfalls im Verfassungsschutz aufgeführten, Nationalextrémisten Alfred Mechttersheimer. Diese war beispielsweise als Gastredner beim letzten REP-Bundesparteitag im Oktober zugegen. Daß der seit 1990 geltende Abgrenzungsbeschluß gegenüber rechtsextremen Parteien und Organisationen, noch aus der Zeit der Schönhuber-Ära, selbst von der REP-Führung unterlaufen wird, dokumentieren im übrigen auch deren enge Kontakte zum französischen „Front National“, zumindest bis zu dessen Schwenk zur DVU, und zum belgischen „Vlaams Blok“.

Auf unterer Funktionärebene scheinen „Republikaner“ in vielen Fällen jedenfalls wenig Berührungängste gegenüber Rechtsextremisten zu spüren. Beispielsweise konnte im Januar 1998 der Neonazi und Ex-Rechtsterrorist Peter Naumann auf dem Parteitag des REP-Kreisverbandes Werra-Meißner zum Thema „Multikultur warum?“ referieren. An der Demonstration der NPD und „Jungen Nationaldemokraten“ im Mai in Leipzig waren REP-Mitglieder mit einem großen Transparent zugegen. Im Mai auch fand in Pforzheim eine Veranstaltung des NPD-orientierten Freundeskreises „Ein Herz für Deutschland“ statt. Anwesend war dabei der baden-württembergische REP-Landtagsabgeordnete Lothar König. Am 6. Juni demonstrierten in Kassel 300 Rechtsextremisten gegen

die Wehrmachtausstellung des „Hamburger Instituts für Sozialforschung“. Angemeldet worden war die Demonstration pikanterweise von der „Republikanischen Jugend“. Unter den Demonstrationsteilnehmern befand sich auch eine größere Gruppe von Neonazis, die den sogenannten „Freien Nationalisten“ angehören. In einer Ansprache begrüßte der stellvertretende Bundesvorsitzende der „Republikaner“ und Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Christian Käs, ausdrücklich den parteiübergreifenden Zusammenhalt. Auf der Kundgebung in Kassel, wobei auch die bundesweit bekannten Neonazis Thorsten Heise, Roy A. Godenau, Christian Hehl und Friedhelm Busse anwesend waren, konnte ebenfalls der führende braune Funktionär Thomas Wulff aus Hamburg als Vertreter der „Freien Nationalisten“ sprechen.

Im vergangenen Jahr konstituierten sich in Pforzheim und Villingen-Schwenningen einzelne, von REP-Funktionären geführte „Franz-Schönhuber-Freundeskreise“ unter Beteiligung von Mitgliedern der DVU und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“. Der inzwischen ausgeschlossene frühere REP-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Rudolf Krause trat im April 1997 bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“ als Redner auf. Am 30. November hat nach einem Bericht des „Franz-Schönhuber-Freundeskreises“ Ilmenau (Thüringen) in Schönbrunn eine parteiübergreifende Veranstaltung mit REP-Mitgliedern aus Thüringen, Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt stattgefunden. Als Referenten sollen auf der Veranstaltung, deren Saalschutz die militante rechtsextremistische Gruppierung „Thüringer Heimatschutz“ stellte, Franz Schönhuber und der frühere REP-Spitzenfunktionär Otmar Wallner aufgetreten sein.

Auch publizistisch wird der Abgrenzungsbeschluß der REP unterlaufen. Für die rechtsextremistische Monatszeitschrift „Nation+Europa“ griffen in den vergangenen Monaten beispielsweise Eike Erdel, Vorsitzender des „Republikanischen Hochschulverbandes“ (RHV), und Erich Fuchs, REP-Fraktionssprecher im Kreistag Waldeck-Frankenberg, ehemaliger Landesvorsitzender von Hessen, zur Feder. Ende vergangenen Jahres veröffentlichte „Nation+Europa“ ein Interview mit dem REP-Vize Christian Käs. Käs wendet sich schon seit längerer Zeit gegen den von Schlierer verordneten Abgrenzungskurs, plädiert für „mehr Flexibilität im Umgang mit politischen Konkurrenten“ und fordert für die REP ein Ende der „Leisetreterei

Anton Maegerle

Ausland

Ärger mit Kreuzen

Der Streit in Auschwitz um Symbole geht zu Lasten des demokratischen Polens.

Als sowjetische Truppen am 27. Januar 1945 Auschwitz befreiten, waren das Stammlager sowie das Vernichtungslager Birkenau - zwei Kilometer vom Stammlager entfernt - fast leer. Die 600 Toten in Birkenau waren nur Stunden vor der Befreiung ermordet worden. Immerhin: 7 650 Gefangene konnten gerettet werden. Vor ihrer Flucht hatten die SS-Wachmannschaften keine Zeit mehr gehabt, die Lagerhäuser in Brand zu stecken. So fielen den Rotarmisten die ersten Zeugnisse des Massenmordes in die Hände: 350 000 Männeranzüge, 837 000 Frauenkleider, große Mengen an Baby- und Kinderkleidung sowie 7,7 Tonnen Menschenhaar, versandfertig in Papiersäcken verpackt.

Bereits wenige Jahre nach der Befreiung begann die polnische Regierung, an vielen Vernichtungs-orten Gedenkstätten zu bauen. Das galt für Majdanek, Groß-Rosen, Treblinka, Sobibor, Belzec - freilich mit unterschiedlichen Strukturen. Auschwitz wurde die größte Gedenkstätte. Bis zum Ende der kommunistischen Regierung finanzierte die Regierung in Warschau diese nationalen Stätten der Erinnerung und des Gedenkens. Mit dem Beginn des neuen Polen reichten die staatlichen Mittel nicht mehr. Nur Auschwitz wurde weiter unterstützt. So ist zu erklären, daß dort die Arbeit weitergehen konnte. Um die Bedeutung von Auschwitz als polnische und jüdische Gedenkstätte zu unterstreichen, kam Papst Johannes Paul II. 1979 nach Auschwitz-Birkenau und feierte dort eine Messe. Polnische Katholiken errichteten für diese Messe ein großes Holzkreuz, das danach abmontiert wurde. Zehn Jahre später ragte es plötzlich wieder gen Himmel, nun aber nicht in Birkenau, dem größten jüdischen Friedhof der Erde, sondern neben dem Stammlager Auschwitz an einer Kiesgrube.

Inzwischen hatten Nonnen vom Karmeliterorden einen Teil des Stammlagers zu einem Kloster umfunktioniert. In dem alten Magazin der SS für das tödliche Zyklon B beten nun die Schwestern und provozierten so in zahlreichen Staaten wütende Proteste vor allem von Juden. Der Papst zeigte im Gegensatz zum polnischen Primas Jozef Glemp Verständnis und zwang die Nonnen - Kirchenhi-

storiker sagen, ein einmaliger Fall in der Geschichte der katholischen Kirche - in einen Neubau in unmittelbarer Nähe des Lagers umzuziehen. Die Nonnen verpachteten einen Teil ihres alten „Klosters“, der nicht direkt zum Lager gehört hatte, an die „Vereinigung der Kriegsoffer“. Dieser Verein fand in der Firma „Maja“ einen zahlungskräftigen Interessenten bis auf einen kleinen Rest des Geländes - eine Kiesgrube. Das ist verkürzt die Lage.

Auf dieser Kiesgrube wuchs nun in Kürze ein kleiner Wald von Kreuzen rund um das Papstkreuz. 152 sollen es einmal sein - zur Erinnerung an 152 Polen, die dort 1941 von deutschen Besatzern erschossen worden sind. Um diese Kreuze geht es nun. Während Jozef Glemp ursprünglich auf der Seite der Kreuzbefürworter stand und für die innerpolnischen und internationalen Spannungen „die ständige Belästigung durch die jüdische Seite“ verantwortlich machte, regte sich in der polnischen Bischofskonferenz Widerstand. Ihr Sprecher wurde der Erzbischof von Gnesen, Henryk Muszynski. Er warf den „Verteidigern des Kreuzes“ vor, sich mißbrauchen zu lassen. Anführer dieser „Verteidiger“ ist ein Mann ohne guten Leumund und mit düsterer Biographie: Kazimierz Janosz. Presseberichten zufolge hat er in den 60er Jahren in der Bundesrepublik Banküberfälle organisiert. In den Siebzigern soll er zu den kommunistischen Seilschaften gehört haben, die Bonner Gelder für NS-Opfer nicht an die Betroffenen weiterleiteten. Der Aktualität halber sei hier eingefügt: Auch weil diese Entschädigungszahlungen bei den meisten Opfern nicht angekommen sind, gibt es jetzt die Klagen gegen Versicherungen, Banken und Firmen.

Inzwischen sind der polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski, Premierminister Jerzy Buzek, Yad Vashem in Jerusalem, US-Senatoren und Kongreß-Abgeordnete in die Auseinandersetzungen verstrickt. Buzek setzt auf eine friedliche Einigung, jüdische Vertreter sagen, in Auschwitz solle es gar keine religiösen Symbole geben. Der größte jüdische Friedhof sei ein Ort des Gebets für alle. Ein Ende der Auseinandersetzungen scheint nicht in Sicht. Zu bedauern ist das demokratische Polen, dessen Territorium die Nazis zum Schlachthaus Europas gemacht hatten. Nach dem Leid der Jahre 1939 bis 1945 wird es immer wieder in den Streit zwischen Juden und Klerus hineingezogen. Wenn es unter polnischen Katholiken noch immer Antisemiten gibt, dann tragen dafür nicht zuletzt polnische Priester Verantwortung und Schuld.

Heiner Lichtenstein

Hintergrund**Ein wahrer Faschist**

Der Schriftsteller Maurice Bardèche, ein ideologischer Wegbereiter der Neuen Rechten, ist 90jährig gestorben.

Daß er ein faschistischer Schriftsteller sei, war sein eigenes Credo. Der französische Politikwissenschaftler Joseph Algazy charakterisierte ihn als den „gefährlichsten Ideologen des französischen und europäischen Neofaschismus“. Für die „National-Zeitung“ dagegen war Maurice Bardèche „ein großer Abendländer“, vergleichbar mit Ezra Pound, Oswald Mosley und Julius Evola.

Bardèche besuchte die Elitehochschule Ecole Normale Supérieure und machte 1932 seinen Abschluß in Literaturwissenschaft. Gemeinsam mit seinem Schwager Robert Brasillach, der nach der Befreiung als NS-Kollaborateur hingerichtet wurde, legte er eine vielbeachtete „Geschichte des Films“ (1935) vor. Entgegen den Darstellungen seines Umfeldes, erst der Tod seines Schwagers habe ihn politisch tätig werden lassen, hat er bereits in der Vorkriegszeit in der wichtigen faschistischen Zeitschrift „Je suis partout“ veröffentlicht.

Allerdings stellte die Exekutions Brasillachs wohl tatsächlich so etwas wie eine Initialzündung für Bardèche dar, der selbst nach der Befreiung für mehr als ein halbes Jahr inhaftiert worden war. Wegweisend wurden seit 1947 seine Argumentationsmuster zur Weißwaschung des Faschismus. In seinem „Lettre à François Mauriac“ (1947) beklagt er die „Épuration“, die Säuberungsmaßnahmen gegen die NS-Kollaborateure. Sein im folgenden Jahr im eigenen Verlag „Les Sept Couleurs“ veröffentlichter Band „Nuremberg ou la terre promise“, der die Nürnberger Prozesse zum Gegenstand hat, zeigt bereits deutlich negationistische Tendenzen. Er behauptet dort u.a., die Nazis hätten die Juden lediglich in einer Art europäischen Ghetto gesammelt. Der Verkauf des Bandes in Frankreich wird verboten, einer Gefängnisstrafe entgeht Bardèche durch eine Amnestie. Wie die meisten seiner Bücher wird auch dieser Band ins Deutsche übersetzt.

Der Faschismus, auf sich Bardèche beruft, ist allerdings nicht der Deutschlands oder Italiens. Der deutsche Versuch habe zu wenig Zeit gehabt, sei außerdem durch das Bündnis mit den alten Eliten

verwässert worden. In Italien sieht er nur die „Kampfzeit“ und die phantomhafte „Republik von Salò“ als vorbildlich an. Sein historisches Leitbild ist vielmehr der Spanier José Antonio Primo de Rivera, der die Ideologie der frühen Falange geprägt hatte. Für diesen sprechen seiner Ansicht nach der tiefverwurzelte Katholizismus, der die Politik um das notwendige spirituelle Element ergänzt, sowie sein Versuch der Kombination des Nationalismus mit einem sozialrevolutionären Ansatz. Notwendig sei der völlige Bruch mit den herrschenden Eliten. Das Prinzip Nationalismus sei erst dann tragfähig, wenn alle Teile des Volkes auch sozial in die Nation integriert seien.

Diesen Ansatz propagierte er von 1952 bis zur Einstellung 1982 in seiner Zeitschrift „Défense de l'Occident“ („Verteidigung des Abendlandes“), dem wichtigsten Blatt der französischen extremen Rechten während ihres „Marsches durch die Wüste“ (so der Chronist des Lagers Roland Gaucher) vor den ersten Erfolgen des „Front National“. Bardèche achtete darauf, daß vor allem ideologische Neuerungen stets präsent sind. Unter den Mitarbeitern der insgesamt 258 Ausgaben finden sich schon früh Exponenten der Nouvelle Droite wie François d'Orcival und Alain de Benoist, Nationalrevolutionäre wie François Duprat, Evola-Anhänger wie Georges Gondinet oder katholische-konservative Intellektuelle wie Thomas Molnar. Auch der heutige Präsident des GRECE, Jean-Claude Jacquard, gehörte in den 70er Jahren der Redaktion an. Bardèche wurde mit seinem Blatt zum Katalysator der ideologischen Debatte.

Die umfangreichen Verbindungen zur „Neuen“ Rechten waren nur folgerichtig. Bardèche teilte deren Analyse, daß nach 1945 Weltmachtpolitik nur noch im übernationalen, europäischen Rahmen zu verwirklichen sei. Bereits 1951 war er in Malmö am Versuch der Gründung einer faschistischen Internationale beteiligt und wurde dort in das Leitungsgremium gewählt. In seinem im gleichen Jahr veröffentlichten Band „Der Weg nach vorn“ gab er die Marschrichtung vor: „Ich glaube an Europa unter der Bedingung, daß es Europa ist und weder Washington noch Moskau gehorcht.“(S.111)

Dieser Ansatz verbindet ihn tatsächlich, wie die „National-Zeitung“ erwähnt, mit Pound, Mosley und Evola. Auch sie waren bereit, den Nationalstaat zu opfern, um den wahren Faschismus zu verwirklichen. Vor wenigen Wochen, im August, ist Bardèche 90jährig in Südfrankreich verstorben.

Jean Cremet

NS-Vergangenheit

Hitlers willfähige Mediziner

Vor 60 Jahren, am 30. September 1938, wurde es jüdischen Ärztinnen und Ärzten verboten, weiter zu praktizieren

Vom 25. Oktober 1946 bis zum 20. August 1947 dauerte das erste und einzige Strafverfahren gegen 20 Nazi-Ärzte und drei hohe Beamte aus dem NS-Gesundheitswesen vor einem amerikanischen Kriegstribunal in Nürnberg. Sieben Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, neun erhielten Haftstrafen, in sieben Fällen erkannte das Gericht auf Freispruch. Ein Jahr nach dem Prozeß beauftragte der Deutsche Ärztetag in Stuttgart den Frankfurter Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich, eine Dokumentation über die Ärzte im Nazistaat zu schreiben. Zusammen mit Fred Mielke entstand so der Band „Wissenschaft ohne Menschlichkeit“, der 1948 an 10.000 Ärzte verschickt wurde. Die Reaktion war eisiges Schweigen. Längst hatten die meisten deutschen Ärzte ihre Vergangenheit verbogen oder verborgen. Mit dem Nürnberger Prozeß sei das Kapitel NS-Ärzteverbrechen abgeschlossen, obwohl Mitscherlich und Mielke nachgewiesen hatten: „Von ungefähr 90.000 damals in Deutschland tätigen Ärzten haben etwa 350 Medizinverbrechen begangen.“

Heute, ein halbes Jahrhundert später, wissen wir, daß es viel mehr waren. Doch die deutschen Ärzte machen um die braune Vergangenheit ihres Berufsstandes noch immer einen weiten Bogen. Nicht einmal das Vorbild der deutschen Historiker, die soeben in Frankfurt a. M. die Aufarbeitung ihrer Geschichte beschlossen haben, bewirkt einen Sinneswandel. Dabei gibt es in diesem Monat ein Datum, das sie eigentlich dazu zwingen müßte, vor der eigenen Tür zu kehren.

Am 30. September vor 60 Jahren, also 1938, ging nämlich die glanzvolle Geschichte jüdischer Ärzte in Deutschland zuende. Keiner der 3.125 jüdischen Ärzte durfte weiter Kranke behandeln, auch nicht als Heilpraktiker. Gut 700 jüdische Ärztinnen und Ärzte erhielten eine Sondergenehmigung, jüdischen Patienten als „Krankenbehandler“ zu helfen. Dahinter verbarg sich nach Überzeugung des kanadischen Historikers Michael H. Kater die Befürchtung der Nazis, in der jüdischen Bevölkerung könne es

zu Seuchen kommen, weil Juden keinen nichtjüdischen Arzt mehr konsultieren durften.

Der 30. September war weder der Anfang noch das Ende der antijüdischen Maßnahmen im NS-Staat. Nachdem schon am 23. März 1933 die Spitzenfunktionäre der deutschen Ärzteschaft beschlossen hatten, sich mit der NSDAP „gleichzuschalten“, also voll auf NS-Kurs zu gehen, verlangte am 2. April 1933 der Vorsitzende des Ärztebundes, Gerhard Wagner, „die Entfernung von Juden und Marxisten aus den Vorständen und Ausschüssen“. Der 2. April wurde deshalb gewählt, weil am Tag zuvor der erste Boykottaufruf gegen jüdische Geschäfte, Praxen und Kanzleien zumindest unter Ärzten und Rechtsanwälten auf lebhaft Zustimmung gestoßen war. Am 5. April 1933 empfing Hitler die ärztlichen Spitzenfunktionäre, am 7. April trat das Gesetz zum Schutz des Berufsbeamtentums in Kraft. Politische Gegner und Juden wurden aus dem öffentlichen Dienst verstoßen, vom 20. April 1933 an, Hitlers erstem Geburtstag als Regierungschef, erhielten jüdische Ärzte keine Zulassung mehr zur Behandlung von Kassenpatienten.

■ „Krankheit ist ein Versagen“ ■

„Die Ärzte hatten, im Verhältnis zu allen anderen Berufsgruppen, den höchsten Prozentsatz an Parteimitgliedern (45 Prozent).“ In der „Enzyklopädie des Holocaust“ heißt es weiter zu diesem Berufsstand: „Das zahlenmäßige Verhältnis ihrer Mitgliedschaft in SA und SS lag zwei-, bzw. siebenmal höher als z. B. das der Lehrer. Dies hatte seinen Grund sowohl in den autoritären und nationalsozialistischen Tendenzen der deutschen Ärzte als auch in der Betonung einer >biologisch-medizinischen Vision nationaler Gesundheit< von seiten der Nationalsozialisten“. Die Hitlerjugend konnte in ihren Gesundheitsbüchern lesen: „Jeder Deutsche hat die Pflicht, so zu leben, daß er gesund und arbeitsfähig bleibt. Krankheit ist ein Versagen.“ 1933 und 1934 war es schließlich der deutschen Ärzteschaft gelungen, um die 3 000 jüdische Kollegen und Kolleginnen in die Emigration oder in den Suizid zu treiben.

Hinzuzufügen ist, daß die Konkurrenz unter den Ärzten Anfang der 30er Jahre stetig zunahm. 1932 praktizierten in Deutschland 52 000 Mediziner. Die etwa 9 000 jüdischen Kollegen arbeiteten vor allem in großen Städten, viele in Elendsquartieren. In Berlin, Frankfurt, München, Hamburg, Köln und

Breslau war ihr Anteil besonders groß. In Karikaturen wurde der Bevölkerung vorgegaukelt, die von Juden beherrschte „Schulmedizin“ unterdrücke die von den Nazis geförderte „Volksheilkunde“. Das Gegenteil war demgegenüber der Fall.

Neben diesen antisemitischen Aktivitäten hat die deutsche Ärzteschaft auch ihr blutigstes Standeskapitel noch nicht aufgearbeitet: Die direkte Beteiligung an medizinischen Verbrechen und Morden. Es begann im Juni 1933 mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“. In Folge wurde zwischen 200.000 und 350.000 Männer und Frauen zwangsweise sterilisiert. Die Auswahl trafen Ärzte. Mit der Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ begann der Massenmord an Kranken in Heil- und Pflegeanstalten. Ältere Ärzte bestimmten die Opfer, jüngere Kollegen bedienten die Gaskammern. In Auschwitz und Majdanek waren es Ärzte, die über Leben und Tod entschieden. Die „Arbeit“ an den Gaskammern überfließen sie einfachen SS-Dienstgraden. Gleichwohl mordeten sie auch in den Lagern, indem sie Häftlinge zu medizinischen Versuchen mißbrauchten.

Den 60. Jahrestag der Ausgrenzung jüdischer Ärzte aus der deutschen Gesundheitsfürsorge haben die Spitzenfunktionäre der deutschen Ärzteschaft bewußt übergangen. Vergessen haben sie ihn jedenfalls nicht. Denn in München hat der kleine Ärztliche Kreis- und Bezirksverband an den Jahrestag erinnert. Hauptredner war Ignatz Bubis. „Erinnerung dient dazu, für die Zukunft eine Lehre zu ziehen, Rassismus und Totalitarismus zu erkennen“, zitierte die „Süd-deutsche Zeitung“ den Vorsitzenden des Verbandes, Wolf von Römer. Wie wahr, wenngleich die Spitzenverbände der deutschen Ärzte mehr davon zu halten scheinen, alles zu verdrängen oder zu vergessen.

Heiner Lichtenstein



Veranstaltungshinweis

Bonn - In der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn findet am 27. Oktober eine Veranstaltung über „Medizinverbrechen der Wehrmacht“ statt. Referent ist der Publizist Ernst Klee, der für sein 1997 erschiene Buch „NS-Medizin“ den Geschwister-Scholl-Preis erhielt. Nach Klees Recherchen war die Wehrmacht Hauptauftraggeber von brutalen Menschenversuchen an Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen.

Friedrich-Ebert-Stiftung, Konferenzsaal I, Godesberger Allee 149; Dienstag, 27. Oktober, 18.00 Uhr.

Wahlen

Einzelergebnisse

Bei den bayerischen Landtagswahlen am 13. September konnten die Parteien des extrem rechten Spektrums zusammen immerhin mehr als eine halbe Million Stimmen (512.196) für sich verbuchen. Die „Republikaner“ fielen gemessen an ihrem Ergebnis vor vier Jahren (3,9 Prozent) um 0,3 Prozentpunkte zurück und verloren rund 20.000 Wählerstimmen (1998: 437.967). Die NPD konnte mit 0,2 Prozent und 23.884 Stimmen (1994: 0,1 Prozent und 11.609 Stimmen) ihre Wählerschaft verdoppeln; der „Bund Freier Bürger überzeugte 50.336 Wähler (1994: 52.260) und holte wie 1994 ein Ergebnis von 0,4 Prozent.

Die „Republikaner“, die landesweit auf lediglich 3,6 Prozent kamen und damit wieder klar den erhofften Einzug in das Maximilianeum verfehlten, holten in einzelnen Wahlkreisen durchaus beachtliche Resultate. Ihr bestes Ergebnis erzielten sie im Wahlkreis Erding mit 7,1 Prozent (1994: 5,7 %). Über der Fünf-Prozent-Marke lagen sie noch in weiteren elf Wahlkreisen: Schweinfurt/Nord 6,7 % (4,3); Günzburg 6,7 % (4,8); Dillingen/Donau 6,5 % (5,7); Würzburg 6,4 % (4,8); Schweinfurt/Süd 6,1 % (4,6); Rosenheim/West 5,5 % (6,6); Kempten 5,4 % (4,5); Würzburg/Land 5,2 % (3,4); Bad Kissingen 5,1 % (3,4); Regensburg/Land/West 5,1 % (4,8) und Rosenheim/Ost mit 5,0 % (6,6).

Überdurchschnittliche Ergebnisse konnten die „Republikaner“ ferner in weiteren 19 Wahlkreisen verbuchen: München-Moosach 4,1 % (4,7); Altötting 4,2 % (2,1); Berchtesgadener Land 4,1 % (5,5); Dachau 4,3 % (4,3); Ingolstadt 4,4 % (5,3); Deggen-dorf 4,9 % (5,7); Dingolfing 4,3 % (4,8); Passau/Ost 4,4 % (3,4); Passau/West 4,9 % (4,8); Regensburg 4,1 % (7,7); Aschaffenburg/Ost 4,5 % (3,9); Aschaffenburg/West 4,3 % (4,5); Kitzingen 4,3 % (4,2); Augsburg/Stadt/Ost 4,1 % (6,0); Augsburg/West 4,6 % (6,8); Augsburg/Land 4,2 % (4,2); Kaufbeuren 4,0 % (4,0); Memmingen 4,1 % (3,9) und Neu-Ulm 4,5 % (3,3).

Die besten NPD-Ergebnisse gab es in Mittelfranken, wo sie insgesamt 7.455 Wählerstimmen für sich verbuchen konnte (3.987 Erst- und 3.468 Zweitstimmen), in Oberfranken holte sie 4.520, in Niederbayern 3.813, in Schwaben 3.128, in Unterfranken 2.956 und in der Oberpfalz 1.848 Gesamtstimmen. Die besten Einzelergebnisse lagen in Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim mit 1.398 und in Nürnberg-Ost mit 1.145 Wählerstimmen.

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Nation+Europa“ (NE)- 48. Jg., 9/98:

Die Wahl zum Deutschen Bundestag und den beiden Landtagswahlen findet nur mäßigen Niederschlag. Es bleibt das alte Klagelied, daß das gemeinsame Antreten von NPD, DVU und „Republikaner“ entgegen der Meinung der NE-Leser wieder an der Eifersüchtelei der „Bonzen“ gescheitert sei, „die man sich merken muß“, wenn es nach der Wahl um die Prüfung der Verantwortlichkeiten geht. Schönhuber Franz, „aus meiner Sicht“, arbeitet sich weiter an dem REP-Vorsitzenden Schlierer ab, habe er doch Mitglieder seines Präsidiums „eine Audienz bei Dr. Frey“ nicht verbieten können; ein weiteres Mal beklagt er, mit Hinweis wiederum auf seinen Freund Le Pen, Zeuge eines „selbstmörderischen Bruderkampfes“ zu sein. Und mutig versichert Schönhuber ebenso, was ohnehin nicht auf der Tagesordnung steht, er wolle nie wieder Parteivorsitzender werden. Unter seinen „programmatischen Grundüberzeugungen“ sind bemerkenswert die Warnung an „die Patrioten vor Europafeindlichkeit“, von der das Blatt freilich voll ist, und das Eintreten für den Ausstieg aus der Atomkraft. In einer Wahlempfehlung („Was Patrioten bedenken sollten“), die sich freilich auf Gemeinplätze beschränkt, spekuliert Felix Buck, Ex-NPD-Vize, früher u.a. als Geschäftsführer der IHK Frankfurt und des Groß- und Außenhandelsverbandes, auf eine große Koalition, die „auf den Flügeln die politischen Räume freimacht“ und - ganz im Sinne des Uneinigkeitsgejammeres - somit der Rechten Chancen eröffne, die aus organisatorischen Gründen nicht wahrgenommen würden. Aus einer Emnid-Umfrage wird berichtet, daß bei Rechtsanhängern größere Zufriedenheit herrsche über die Herren Stoiber (56 Prozent), Schröder (52 Prozent) und Kanther (48 Prozent) als über Schönhuber, für den lediglich 40 Prozent votierten. Mut machen sich die Streiter der NE für die Rechte, daß sie doch in den Himmel kommen, mit dem Abdruck eines Schreibens des Erzbistums München-Freising, „jemand, der eine radikale Partei wählt“, habe nicht die Exkommunikation zu fürchten; „solche Parteien“, so die unterzeichnende Eminenz fernab der Realität, die sich gegen den Staat richten, sind bei uns nicht zur Wahl zugelassen“. Zum Thema Ausländer, von dem das Blatt voll ist, verteidigt Harald Neubauer das Kopftuchtragen durch Muslimas („für christliche Nonnen selbstverständlich“). (khr)

„Junge Freiheit“ (JF), 13. Jg., Nr. 37, 38/98:

Rolf Stolz, abtrünniger Mitstreiter von Alfred Mecktersheimer, sieht die Zeit der Weichenstellung für die „neue demokratische Rechte jenseits des magischen Bermuda-Vierecks Schönhuber-Schlierer-Mecktersheimer-Frey“, nämlich im Zusammenwirken mit der demokratischen Linken (!). Schließlich könne heute niemand Demokrat sein, „wenn er Deutschland nicht ganz befreien und innerlich einigen“ wolle (37/98). JF-Interview-Partner und Noch-CDU-MdB Heinrich Lummer hofft auf einen Rechtsruck der Union, wenn diese nicht mehr Regierungsverantwortung trage. Rechte Parteien in den Parlamenten seien nicht so schlimm, Gefahr drohe der Republik nach wie vor von links. Ein weiterer JF-Gesprächspartner ist Joachim Siegerist, der sich und seiner Partei Chancen zu den am 3. Oktober stattfindenden Parlamentswahlen in Lettland ausrechnet. Der deutschlettische Rechtsextremist beklagt den Zustand der Union unter Kohl, sie habe die linksliberalen Kräfte enttabuisiert und die Rechten tabuisiert, ohne selbst rechte Politik zu machen. Den Konservativen in Deutschland fehle heute die politische Heimat, da die Zeit der REP wohl vorbei sei, der BFB ein zu geringes Stimmenergebnis einfahre. Positiv bewertet wird von der JF die Entscheidung des Berliner Gerichts, den „Republikanern“ nicht mehr „verfassungsfeindliche Bestrebungen“ zu unterstellen. Nach Ansicht der JF seien die Positionen der REP in puncto Tierschutz im übrigen denen der Bündnisgrünen nahestehend einzuordnen (37/98). Der Nachwuchsvertriebene René Nehring, Bundesvorsitzender der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“, sieht als eine der zentralen Forderungen heute eine Entschuldigung von Polen und Tschechien für geboten an (38/98). Im JF-Interview betont der REP-Vorsitzende Rolf Schlierer, daß seine Partei - im Gegensatz zur rechten Konkurrenz - auf dem Boden der Verfassung stünde. Sein Vorgänger Schönhuber könne sich „demonstrieren, soviel er will. Eine Rolle wird er in der Politik nicht mehr spielen“, so Schlierer. Beim Streit in der obersten Führungsspitze des „Front National“ sieht die JF Chancen für den „Hoffnungsträger“ Bruno Mégret. Für den belgischen Chefideologen Robert Steuckers sollte die Neue Rechte „die Debatte gegen die Globalisierung und für identitätsstiftende Werte führen“ (38/98). Manuel Ochsenreiter liest Roland Wehl wegen dessen Diskussionsbeitrags im vergangenen Heft „Was ist heute national?“ die Leviten. Für Wehl würde das Nationale „reines Mittel zum Zweck“ und er wolle damit lediglich bei der etablierten Linken punkten, so Ochsenreiter. (gn)

Bücherschau

Rechtswähler wissen, was sie tun

„Seit dem - mindestens aus ihrer Sicht - fulminanten Wahlerfolg der Deutschen Volksunion“ in Sachsen-Anhalt stehen in der Münchner Parteizentrale alle Zeichen auf Sturm. „Mit 6,5 Prozent“, tönt Gerhard Frey auf Wahlkampfveranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern“ wolle man in den Bundestag einziehen: das Ergebnis bei den Landtagswahlen in Schwerin solle das Magdeburger noch übertreffen.

Wieviel von dem Freyschen Optimismus übrigbleibt, wird sich weisen. Jürgen Elsässer, Autor unter anderem für „Jungle World“ und „konkret“ hat sich jedenfalls schon einmal die Mühe gemacht, darauf hinzuweisen, worauf wir uns einzustellen haben, wenn sich der Siegeszug des Münchner Multimillionärs fortsetzt. Das „Braunbuch DVU - Eine deutsche Arbeiterpartei und ihre Freunde“ liefert einiges Wissenswertes (wenn auch nichts Neues) über die inzwischen 27 Jahre alte Ein-Mann-Partei sowie vor allem ein paar bedenkenswerte Anmerkungen zum Umgang der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit mit ihrem Erfolg.

Daß Elsässer eine neue Ära des parlamentsfähigen Faschismus in Deutschland wittert, mag man für übertrieben halten - tatsächlich räumt der Journalist in seiner Analyse allerdings mit einigen - ebenso liebgewordenen wie verharmlosenden - Stereotypen über den „mutmaßlichen DVU-Wähler“ auf.

Erstes - falsches - Stereotyp: Wer DVU wählt, weiß nicht, was er tut und wählt schlicht aus Protest. Schließlich, so Elsässer, hätten sämtliche Jung- und Erstwähler das Parteiprogramm per Wählerbrief vorab frei Haus geliefert bekommen. Daraus aber folgere, daß Schluß sein müsse mit dem Verständnis - und zwar auch gegenüber den vermeintlich Verirrten. „Alle Welt ruft nach Arbeitsplätzen, Lehrstellen und Förderungsmaßnahmen zur Beschäftigung der Wildgewordenen. Wäre es nicht höchste Zeit, diesen Mechanismus umzukehren? Warum soll ein Stadtteil ein Jugendzentrum bekommen, der eine Hochburg der DVU ist?“ Anders als die meisten Sozial- und Wahlforscher fordert Elsässer gerade das Gegenteil - nämlich „Sanktionen, will man die bislang schweigende Mehrheit

nicht zum Mitmachen überreden“. So umstritten letztere These ist - der Argumentation, daß auch DVU-Wähler lesen können, kann man sich wohl kaum verschließen.

Zweites Stereotyp: Arbeitslosigkeit fördert die Wahl einer rechtsextremen Partei. 53 Prozent der DVU-Wähler entstammen der Arbeiterschaft - das sind mehr als bei der SPD. Außerdem, so Elsässer, spreche schon das geschlechtsspezifische Verhalten gegen die vorherrschende Rolle ökonomischer Wahlgründe: 61 Prozent der DVU-Wähler in Sachsen-Anhalt waren Männer. „Die großen Verlierer der Wiedervereinigung aber sind die Frauen.“

Tatsächlich ist in der wissenschaftlichen Welt das Thema „Frauen und Rechtsextremismus“ ebenso schlecht erforscht wie der unter anderem von dem Wahlforscher Richard Stöss vermutete Zusammenhang zwischen Rassismus und Sexismus. Mit dem Rückgriff auf Wilhelm Reich („Massenpsychologie des Faschismus“) und Erich Fromm („Studien über Autorität und Familie“) bemüht sich Elsässer zumindest um einen psychoanalytischen Ansatz, mit dem persönliche und charakterliche Störungen der Rechtsextremen erklärt werden.

Ebenfalls bedenkenswert sind die Ausführungen zum Bild der rechtsextremen Parteien in den neuen Ländern: über die relative Schwäche der „Republikaner“, die nach wie vor den westdeutschen Mittelstand sowie einen überholten Revisionismus repräsentieren: über den „Bund freier Bürger“, der ebenfalls eher als „konservativ-bürgerliche Variante des brutalisierten Prokapitalismus nach Vorbild der Lega Nord“ gesehen werden kann.

Auf der anderen Seite stehen für Elsässer die beiden - erfolgreicher - Organisationen, die eher dem nationalrevolutionären antikapitalistischen Strasser-Flügel der NSDAP nahekommen: DVU und NPD. Beide, so Elsässer, verbänden sozialistische Parolen („Sozialismus ist machbar“) mit völkischem Protest („Arbeit zuerst für Deutsche“). Soviel zu den bedenkenswerten Seiten des Werks. Auf der anderen Seite steht ein teilweise eklatanter Mangel an Fakten und Recherche. Vor allem um eine vertane Chance ist es schade: Auch das „Braunbuch DVU“ schafft es nicht, den Leserinnen und Lesern irgendwelche neuen Erkenntnisse über das Innenleben der Partei zu vermitteln.

Jeannette Goddar

Jürgen Elsässer; Braunbuch DVU. Eine deutsche Arbeiterpartei und ihre Freunde. Konkret Verlag, Hamburg 1998, 139 Seiten, 19,80 Mark.

Bücherschau

Braune Heilslehre

Einen neuen Weg zur Beurteilung des Nationalsozialismus einschlagen will der Duisburger Politologe Claus-Ekkehard Bärsch über eine umfangreiche Darstellung und intensive Auslegung von Texten sowie der Anwendung von religionspolitologischen Kategorien in seiner Studie „Die politische Religion des Nationalsozialismus“. Darin beansprucht er, eine Erfassung der NS-Ideologie in allen wesentlichen Merkmalen zu leisten, die anhand von ausführlichen Zitaten aus den Schriften von Dietrich Eckart, Joseph Goebbels, Adolf Hitler und Alfred Rosenberg beschrieben und dokumentiert werden soll (vgl. S. 9). Inhaltlich geht es darum, Antwort zu geben auf die Streitfrage, ob die NS-Ideologie als „politische Religion“ anzusehen ist (vgl. S. 12). Bärsch untersucht jeweils anhand ausführlich zitierter schriftlichen Äußerungen der oben genannten und anderer NS-Politiker das Verständnis vom kommenden „Dritten Reich“, den Glauben an das Charisma Hitlers und das Verständnis von „Volk und Rasse“.

Der Zusammenhang der verschiedenen Komplexe der Ideologie resultiert für ihn aus der Verbindung zwischen dem Problem der Konstitution kollektiver Identität und den religiösen Dimensionen der Topoi Volk, Rasse, Reich, Führer, Arier und Jude. Das „Dritte Reich“ sei danach ein Reich der Zukunft, welches hauptsächlich durch das Prädikat „Erlösung“ qualifiziert sei und dadurch, das Bewußtsein von Gesellschaft bestimme (vgl. S. 342). Bei all dem gelte der Jude als diabolische Gegenfigur und Auschwitz sei von daher auch kein Rätsel: Hitler habe aufgrund seiner politischen Religion gar keine andere Wahl, als den Entschluß zu fassen, die Juden zu ermorden (vgl. S. 382).

Die Ergebnisse der Untersuchung in Bärschs eigenen zusammenfassenden Worten: „Ohne die in der Ideologie der Nationalsozialisten artikulierten Bezüge auf Gott, Natur, Zeit und Geschichte, ohne die unter die Kategorie, Einheit, Homogenität, Kausalität und Substanz zu subsumierenden Aussagen und ohne die Leben, Bewegung, Kraft, Ursprung, Ziel, Geburt, Wiedergeburt, Tod, Unsterblichkeit sowie Angst betreffenden Überzeugungen ist die 'Weltanschauung' der Nationalsozialisten nicht zu verstehen, wäre sie als politische Ideologie untauglich und auch nicht von Vertretern aller Schichten der deutschen Gesellschaft rezipiert worden.

...Der Charakter der politischen Religion der NS-Ideologie zählt zu den wesentlichen Bedingungen der Machtergreifung der Nationalsozialisten. ...Die im nationalsozialistischen Bewußtsein durch die Ideologeme Rasse, Volk und volksgemeinschaft konstituierte gesellschaftliche Identität enthält eine geglaubte Konexität zwischen Gott, den Ariern und dem deutschen Volk. ...Der Mord an den Juden ist primär eine Folge der religiösen Implikationen der NS-Ideologie.“ (S. 383).

Bärschs Studie kommt zweifellos das Verdienst zu, die politischen Äußerungen von Eckart, Goebbels, Hitler und Rosenberg hinsichtlich ihrer religiösen Inhalte nach einem systematischen Raster untersucht und ausgewertet zu haben. Insofern legt er auch eine wichtige Materialsammlung mit analytischen Textinterpretationen vor, welche durchaus anregend auf die wissenschaftliche Diskussion über die nationalsozialistische Ideologie im allgemeinen und deren religiöse Elemente im engeren Sinne wirken dürfte. Die Ergebnisse der Analyse allerdings sind keineswegs so neu wie Bärsch suggeriert, gibt es mittlerweile doch eine Reihe von diesbezüglichen Studien, die aber von ihm entweder nicht oder nur selektiv zur Kenntnis genommen wurden. Dies gilt etwa für die von Bärsch vertretene Auffassung vom Holocaust als Folge der erhofften Erlösung, die sich schon in Michael Leys Arbeit „Genozid und Heilserwartung“ von 1993 findet.

Zwar wird hier und da der bisherige Forschungsstand, etwa mit Hinweisen auf den schon klassischen Ansatz von Eric Voegelin erwähnt, aber eine systematische Analyse und Einordnung vor dessen Hintergrund erfolgt bei Bärsch nicht. Dies gilt auch und gerade für die Frage, ob der zutreffende Nachweis von religiösen Dimensionen in der NS-Ideologie die Benennung des Nationalsozialismus als politische Religion gestattet, denn das eine bedingt nicht notwendigerweise das andere. Insofern verwundert auch nicht, daß Bärschs Analyse bei der Benennung der religiösen Dimensionen in der nationalsozialistischen Ideologie stehen bleibt. Sowohl die Ebene von deren Bedeutung bei der praktischen Politik der Nationalsozialisten als auch der gesellschaftlichen Wirkung auf die Öffentlichkeit bleiben weitgehend unterbelichtet.

Armin Pfahl Traugber

Claus-Ekkehard Bärsch, Die politische Religion des Nationalsozialismus. Die religiöse Dimension der NS-Ideologie in den Schriften von Dietrich Eckart, Joseph Goebbels, Alfred Rosenberg und Adolf Hitler, München 1998 (Wilhelm Fink Verlag), 406 S.

Meldungen

■ **Berlin** - Die Berliner Polizei hat offenbar nicht vor, eine Demonstration revanchistischer und revisionistischer Gruppen am Tag der Deutschen Einheit zu verbieten. „Von unserer Seite steht dem Zug nichts im Weg“, heißt es auf Nachfrage. Die Demonstration unter dem Motto „Recht auf Heimat“, die von einer „Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands“ angemeldet wurde, führt vom Alexanderplatz über die Frankfurter Allee nach Lichtenberg. Abgelehnt wurde der ursprüngliche Antrag, durch das Brandenburger Tor zu marschieren. Dort findet zeitgleich die bundesweite Großveranstaltung zum 3. Oktober statt. Nach unbestätigten Informationen rechnen die Veranstalter mit bis zu 20.000 Besuchern. Unklar ist, auf welchem Wege für die Demonstration geworben wird: Flyer oder Plakate wurden in Berlin bisher nicht gesichtet.

■ **Berlin** - Die Polizei konnte bei Hausdurchsuchungen in mehreren Berliner Bezirken umfangreiches neonazistisches Propagandamaterial sicherstellen. Ausgangspunkt der Ermittlungen war nach einem Bericht der „Berliner Zeitung“ ein Plakat mit dem Bild von Rudolf Heß („Mord nach 46 Jahren an einem 93jährigen Greis in einem Alliierten-Gefängnis“), das in Lichtenberg geklebt wurde. Bei der Durchsuchung der Wohnung des bundesweit bekannten Neonazis Mike Penkert, Ex-Vorstandsmitglied der „Nationalen“, fanden die Ermittler eine Bestell-Liste, auf der Personen aufgeführt waren, die das Plakat gekauft hatten. Gegen Penkert, Kopf der „Kameradschaft Beusselkiez“ und laut aktuellem Berliner Verfassungsschutzbericht Betreiber des „Nationalen Infotelefon Preußens“, wird nun ein Verfahren wegen übler Nachrede eingeleitet.

■ **Bonn/Starnberg** - In einem Flugblatt, das auch in den Bonner Pressehäusern verbreitet wurde, rufen Alfred Mechttersheimer und seine Mitstreiter in der „Deutschland-Bewegung“ dazu auf, wählen zu gehen, jedoch „keine der abgewirtschafteten Parteien“. Gebraucht werde „eine neue politische Kraft, die sich konsequent für die Interessen unseres Landes einsetzt und insbesondere für deutsche Familien und die arbeitende Bevölkerung. Verantwortlich für die prekäre Finanzlage des Staates seien danach die Politiker, die „Milliarden DM ins Ausland verschwenden und ... Zuwanderer, die zu Unrecht nach Deutschland kommen. Deutschland wäre ohne die fremden Lasten ein blühendes Land“,

heißt es in dem Aufruf. Mechttersheimer & Co nennen zwar nicht direkt ihre Wunschpartei, legen aber nahe, jene Rechtspartei zu wählen, „die unmittelbar vor dem 27. September als die aussichtsreichste gilt und trotz ihrer Mängel Bewegung in das erstarrte politische System bringt“. Dies ließe sich wohl getrost als Wahlaufruf für die DVU interpretieren.

■ **Eisenach** - Die revanchistische „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO), in deren Publikation „Fritz“ immer wieder „Artikel mit rassistischem oder im weiteren Sinne revisionistischem Inhalt“ veröffentlicht werden (Bundestagsdrucksache 13/8197), führt vom 2. bis 4. Oktober ein „Deutschlandpolitisches Seminar“ in Eisenach durch. Als Referent ist u.a. Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof geladen. Nach Angaben von Parteichef Manfred Brunner unterstützt der stramm rechte Militär aktiv den „Bund Freier Bürger“ im Bereich Bundeswehr.

■ **Frankfurt** - Beim diesjährigen 42. Deutschen Historikertag in Frankfurt/Main hatte auch der obskure Verleger Andreas Röhler (46) von der Zeitschrift „Sleipnir“ seinen Auftritt. Röhler versuchte im Rahmen der Veranstaltung „Der Historiker als Richter - Der Richter als Historiker“ vom 9. September auf den inhaftierten Revisionisten und ehemaligen nordrhein-westfälischen NPD-Landesvorsitzenden Udo Walendy (71) aufmerksam zu machen. In der aktuellen, auf dem Historikertag verteilten Ausgabe von „Sleipnir“ finden sich, zum Teil übernommene, Beiträge des nationalrevolutionären Theoretikers Reinhold Oberlercher, von Dieter Scholtz vom rechten „Pfadfinderbund Süd“ und den Revisionisten Eduard Peter Koch und Serge Thion.

■ **Göppingen** - Rund 120 Rechtsextremisten sind bei einer Wahlveranstaltung der NPD und der „Jungen Nationaldemokraten“ im baden-württembergischen Göppingen aufmarschiert. Die Stadt Göppingen hatte die NPD-Demonstration verboten, das Stuttgarter Verwaltungsgericht hob das Urteil allerdings auf. Das Gericht verwies auf die Versammlungsfreiheit. Der Marsch der Braunen durch die Stadt wurde von 1.000 Gegendemonstranten begleitet.

■ **Hamburg** - Antisemitische Töne verbreitet Andre Goertz, Ex-Landesvorsitzender der FAP in Hamburg, über den Ansgardienst seines „Nationalen Infotelefon“. Demnach habe sich ein „Generalan-

griff der zionistischen Organisationen“ jetzt „auf die gesamte deutsche Wirtschaft ausgeweitet“. Der Neonazi kritisiert, daß ehemalige NS-Zwangsarbeiter nun auch Sammelklagen gegen führende deutsche Industrieunternehmen vorbereiteten. O-Ton Goertz: „Eine Gesamthöhe der Forderungen wurde zwar noch nicht genannt, sie dürfte aber ebenso grotesk sein wie alle bisherigen Forderungen auch. ... wer glaubt, irgendwann müsse das Zahlen doch einmal aufhören, sollte nicht allzu optimistisch sein. Müssen wir befürchten, daß eine sogenannte >Holocaust-Steuer< eingeführt wird, so daß vielleicht bald jeder Deutsche seine persönlichen Wiedergutmachungszahlungen leisten darf?“

■ **Hamburg** - Der ehemalige Hamburger Regionalbeauftragte der „Deutschland-Bewegung“ Hanno Borchert ist von seinem Amt im Juli vergangenen Jahres zurückgetreten. Dies teilte Borchert der Redaktion des „blick nach rechts“ mit, nachdem er in der Ausgabe Nr.16 noch als amtierender Regionalbeauftragter des Mecktersheimer-Vereins genannt worden war.

■ **Heidelberg/Mannheim** - Der 1997 in Marburg wiedergegründete „Republikanische Hochschulverband“ (RHV) hat seine erste Gruppe außerhalb des „Stammlandes“ Hessen ins Leben gerufen. In der REP-Parteizeitung „Der neue Republikaner“ vom August teilte dies der REP-Kreisvorsitzende von Heidelberg/Rhein-Neckar, Hubert Jungbauer, mit: „Zum 1. Juli 1998 hat sich der Republikanische Hochschulverband an den Universitäten Heidelberg und Mannheim gegründet“. Vorsitzender der RHV-Gruppe ist der „Republikaner“ Thomas Prill aus Sinsheim (Rhein-Neckar-Kreis). Für das kommende Sommersemester hat der RHV bereits seine Teilnahme zu den ASTA-Wahlen angekündigt.

■ **Ilvesheim** - Im neonazistischen Neuheidengeflecht tummelt sich neuerdings ein „Freundeskreis für Brauchtum und Kultur“ aus dem baden-württembergischen Ilvesheim. Als Organ dient das Blättchen „Sol Invictus“. Ansprechpartner des Freundeskreises ist Andreas Szaly, einst Bezirksleiter des „Internationalen Hilfskomitees für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V.“ (IHV) aus dem Umfeld des Neonazis Ernst Tag. Zuvor gehörte Szaly der zwischenzeitlich verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF) an.

■ **Kassel** - Im Raum Kassel findet am 3./4.Oktober der 1. Bundeskongreß „ostdeutscher Privat-Ei-

gentümer“ statt. Teilnahmeberechtigt, so die Einladung, „sind alle Privat-Eigentümer mit Immobilien in den Gebieten ostwärts von Oder und Neiße.“ Organisiert wird der Bundeskongreß von dem rechtsextremistischen „Bund für Gesamtdeutschland“ (BGD) unter seinem Vorsitzenden Horst Zaborowski. Letzterer, Bundestagskandidat für „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“, wird auch das Grundsatzreferat halten.

■ **München** - In der aktuellen Ausgabe des „Witikobriefes“ hat der langjährige Schriftleiter Hans-Ulrich Kopp (36) angekündigt, nicht weiter für dieses Amt zur Verfügung zu stehen. Der Burschenschafter und ehemalige Bundessprecher des „Republikanischen Hochschulverbandes“ (RHV) tritt zu den Vorstandswahlen des revanchistischen „Witikobundes e.V.“ im Rahmen der Jahreshauptversammlung nicht wieder an. Kopp betreute die Quartalsschrift „Witikobrief“ seit September 1992 für insgesamt 35 Ausgaben. Das Jahrestreffen findet Anfang Oktober im bayerischen Neu-Ulm statt.

■ **Neustadt-Weinstraße** - Das Amtsgericht Neustadt verurteilte jüngst den 20jährigen Rechtsextremisten Wolfgang Lutz wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Sachbeschädigung, Volksverhetzung und Störung der Totenruhe zu einer zweijährigen Haftstrafe, die auf drei Jahre ausgesetzt wurde. Der vorbestrafte Lutz hatte zusammen mit weiteren Aktivisten der neonazistischen „Aktion Sauberes Deutschland“ (ASD) von Ernst Tag in den vergangenen Jahren mehrere jüdische Friedhöfe in der Vorderpfalz geschändet. Kurz vor Weihnachten des vergangenen Jahres klärte die Polizei infolge von Aussagen zwei Tatbeteiligter die Straftaten (vgl. BNR 7/97) auf.

■ **Ravensburg** - Der baden-württembergische Landtagsabgeordnete der „Republikaner“, Josef Huchler (62), ist vom Ravensburger Amtsgericht wegen Steuerhinterziehung zu 85 Tagessätzen à 400 Mark verurteilt worden. Der selbständige Bauunternehmer Huchler aus Biberach habe insgesamt 50.000 Mark Einkommen-, Gewerbe- und Umsatzsteuer in den Jahren 1992 bis 1994 hinterzogen. Dies teilte das Ravensburger Amtsgericht am 11. September gegenüber der Presse mit. Gegen den Strafbefehl habe Huchler keinen Einspruch erhoben. Huchlers Immunität war vom Landtag im Juni aufgehoben worden. Der REP-Parlamentarier gilt trotz des Urteils nicht als vorbestraft, dies wäre erst bei einer Verurteilung zu 90 Tagessätzen der Fall gewesen.

■ **Recklinghausen** - Die revanchistische Wochenzeitung „Der Schlesier“ bietet ein Forum für die extreme Rechte aller Couleur. Neben dem „Bund Freier Bürger“ und den „Republikanern“ durfte kürzlich auch die NPD eine Werbeanzeige „Verzicht bleibt Verrat!“ im „Schlesier“ schalten.

■ **Schwarzenborn/Knüll** - In seinem jüngsten Rundbrief („Dies ist ein dringender Hilferuf! Nicht für mich, sondern für Deutschland!“ bittet Manfred Roeder (69) erneut um Spenden, um seinen Wahlkampf als NPD-Wahlkreiskandidat („Pommern wählt Roeder. Der Schrecken für Bonn“) in Stralsund/Rügen zu finanzieren. So berichtet der vorbestrafte Rechtsterrorist in seinem siebten Rundbrief in diesem Jahr über „14 junge Leute“, die zusammen mit der „Stralsunder Jungmannschaft“ den Wahlkampf auf der Straße führen. „Diese wackernen Helfer müssen natürlich untergebracht und gepflegt werden. Dazu haben wir von einer ehem. LPG große Räume gemietet, mußten die notdürftigste Einrichtung anschaffen zum Schlafen, Essen, Erholen. Aber auch die einfachsten Dinge kosten Geld, dazu kommen Benzin und Telefon, alles zusammen geht in die Tausende. Frey setzt Millionen ein, um uns Stimmen wegzunehmen.“

■ **Schwerin** - Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern kandidiert für die NPD der Rechtsanwalt Peter Stöckicht, der bereits von 1968 bis 1972 für die NPD im baden-württembergischen Landtag saß. Stöckicht gab unlängst in den neonazistischen HNG-Nachrichten bekannt, daß er sich als Rechtsanwalt in 18299 Lange niedergelassen habe („Strafverteidigung auch für Rechte!“). Als Student gehörte Stöckicht dem „Bund Nationaler Studenten“ (1956-1961) an, der bundesweit verboten wurde. Spitzenkandidat auf der Bundestagswahlliste und Nummer 2 auf der Landtagswahlliste der NPD in Mecklenburg ist der Rechtsanwalt und stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Hans-Günter Eisenecker. Ende 1997 war Eisenecker wieder in die NPD eingetreten, der er bereits in den 70er Jahren angehört hatte; 1973 war er Kreisvorsitzender in Werra. Zeitweilig wirkte Eisenecker auch als „Aufbaubeauftragter“ für „einen arbeitsfähigen Verband im Raume Hamburg“ der „Deutschen Freiheitsbewegung - >Der Bismarck-Deutsche< e.V.“, die von Otto-Ernst Remer initiiert worden war. Eisenecker ist heute einer der führenden Szene-Anwälte. Er verteidigte neben anderen die Neonazis Uwe Preen, Meinolf Schönborn, Andre Goertz, Erhard Kemper, Marcus Bischoff, Detlef Nolde, Christian Wendt und Steffen Hupka.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

■ **Stuttgart** - Wegen Schädigung des „Ansehens der Bundeswehr“ wurde der NPD-Kreisvorsitzende des Rems-Murr-Kreises, Timo Lahr, am 31. August aus der Bundeswehr entlassen. Die NPD hat bereits angekündigt, gegen die „unrechtmäßige Entlassung“ mit rechtlichen Mitteln vorzugehen.

■ **Villingen-Schwenningen** - Die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“, die vor zwei Jahren ihren Parteistatus aufgegeben hat, will am 25. Oktober ihre Bundesmitgliederversammlung im „Herzen Deutschlands“ durchführen. Anmeldungen erfolgen über den DLVH-Spitzenfunktionär Jürgen Schützinger aus Villingen-Schwenningen.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Pressehaus I/216, Heussallee 2-10, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement

Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und

-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum

Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto